

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- Der neue Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik: Gemeinsame Strategie zur Beseitigung der Armut 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- Landwirtschaftsausschuss: Diskussion zur kritischen Lage der Bienenzucht 3
- EFSI: Mehr zukunftsorientierte Investitionen in bedürftigsten Regionen 3
- Schluss mit „A++“: Energielabel für Elektrogeräte wird vereinfacht 4
- EU-Parlament möchte geschlechtsspezifisches Rentengefälle beenden 4

Rat der Europäischen Union

- Ausbildung von Lkw- und Busfahrern: Augenmerk soll stärker auf Sicherheit gelegt werden 5
- Besserer Verbraucherschutz bei Verträgen über die Bereitstellung digitaler Inhalte 5

Europäische Kommission

- Europäisches Solidaritätskorps: Kommission will 340 Mio. Euro für 100.000 Einsätze bereitstellen 6
- Entscheidung von 20 Mitgliedstaaten zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft 6
- Kommission eröffnet Debatte über Wege zur Sicherheits- und Verteidigungsunion 7

Sonstiges

- European Young Leaders (EYL40) Programm - Aufruf zur Nominierung für die Klasse von 2018 8
- Soziales Europa: EU-Bürger wünschen mehr EU-Maßnahmen 8

Ihre Stimme in Europa

- Laufende Konsultationen 9

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen 10

Tagesordnungen der Institutionen 11

Impressum und Abbildungsverzeichnis 11

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Der neue Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik: Gemeinsame Strategie zur Beseitigung der Armut

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben am 7. Juni 2017 ein strategisches Konzept unterzeichnet, in dem die Zukunft der europäischen Entwicklungspolitik skizziert wird.



Dieser „Neue Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik“ besteht aus einer neuen gemeinsamen Vision davon, wie die Armut beseitigt und eine nachhaltige Entwicklung verwirklicht werden kann, sowie einem entsprechenden Aktionsplan. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, der Premierminister Maltas, Joseph Muscat – im Namen des Rates und der Mitgliedstaaten – sowie der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker und die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin Federica Mogherini haben die gemeinsam entwickelte

Strategie in Form einer Gemeinsamen Erklärung am 7. Juni 2017 anlässlich der jährlich stattfindenden zweitägigen „Europäischen Entwicklungstage“ unterzeichnet. Mit dem neuen Konsens wird nachdrücklich bekräftigt, dass die Beseitigung der Armut nach wie vor das vorrangige Ziel der europäischen Entwicklungspolitik ist. Er bezieht die wirtschaftliche, soziale und ökologische Dimension der nachhaltigen Entwicklung vollständig ein.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Landwirtschaftsausschuss: Diskussion zur kritischen Lage der Bienenzucht

ExpertInnen und Abgeordnete des Europäischen Parlaments sind Ende Mai in Brüssel zusammengetroffen und diskutierten über die kritische Situation der europäischen BienenzüchterInnen.

Diese ist auf den Rückgang der Bienenzahlen und der massiven Einfuhr von Honig, insbesondere aus China, zurückzuführen. Peter Bross von der ungarischen Bienenzüchtervereinigung und Mitglied der Honigberatungsgruppe innerhalb der Generaldirektion Landwirtschaft der Kommission, argumentierte, dass BienenzüchterInnen in der Lage sein sollten, von ihrer Arbeit angemessen leben zu können. Die Hälfte der Nachfrage würde zwar von Honig aus der EU gedeckt, trotzdem gäbe es nicht genug Absatzmöglichkeiten für europäischen Honig, bedauerte er. Was benötigt werde, sagte er, sind Rückverfolgbarkeitskanäle für importierten Honig. Peter Maske von der Deutschen Bienenzüchtervereinigung sprach über die

Unterstützung, die der Sektor erhalten könne. Er beklagte in diesem Jahr den Verlust von 20% der Schwärme in Deutschland, aufgrund von Parasiten, Pestizidrückständen oder Krankheit. Er kritisierte auch die schädliche Wirkung der Verwendung von Glyphosat und empfahl eine Reihe von Maßnahmen für die bevorstehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), wie etwa Alternativen zu Mais und den Anbau von Getreide, das im Juni gedeiht. Das Ausmaß der Einfuhren aus China wurde von mehreren Mitgliedern des Landwirtschaftsausschusses des Parlaments hervorgehoben. Sie fordern eine klare Etikettierung mit Bezeichnung der Herkunft von importiertem Honig.

[Mehr Informationen](#)

EFSI: Mehr zukunftsorientierte Investitionen in bedürftigsten Regionen

Der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) ist eine gemeinsame Initiative der EIB-Gruppe (Europäische Investitionsbank und Europäischer Investitionsfonds) sowie der Europäischen Kommission, um die derzeitige Investitionsschwäche in der EU zu überwinden.

Mittel aus dem Privatsektor für strategische Investitionsprojekte sollen dafür mobilisiert werden. Diese EU-Investitionsoffensive sollte jedoch in den wirtschaftlich schwächeren Gebieten besser funktionieren und mehr auf riskantere zukunftsorientierte Investitionen setzen, die sonst nicht unterstützt werden würden. Das fordern die Abgeordneten in einem Entschließungsentwurf, über den am 15. Juni 2017 abgestimmt wurde. In ihrer Bilanz zum Europäischen Fonds für

Strategische Investitionen (EFSI) äußern sich die Abgeordneten besorgt darüber, dass in die 15 „alten“ Mitgliedstaaten, in denen die „Investitionslücke“ eigentlich nicht mehr so groß ist, 91% der EFSI-Mittel geflossen sind. Für die Zukunft fordern sie EU-weit ein besseres geografisches Gleichgewicht und mehr Unterstützung für riskantere innovative Investitionen in Problemregionen.

[Mehr Informationen](#)



Schluss mit „A++“: Energie-Label für Elektrogeräte wird vereinfacht

Die EU-Abgeordneten gaben am 13. Juni 2017 grünes Licht für eine Überarbeitung der Energieeffizienzkennzeichnung.

Auf vielen Haushaltsgeräten ist ein standardisiertes Energieetikett angebracht, auf dem Verbraucher Informationen zur Energieeffizienz ablesen können. Das erste Energieetikett wurde im Jahr 1994 in der EU eingeführt und umfasste eine Skala von G (am wenigsten effizient) bis A (am effizientesten). Diese Kennzeichnungsskala wurde später bis A+++ ausgeweitet, um Verbesserungen in der Energieeffizienz der Produkte Rechnung zu tragen. Die Einführung der Energieeffizienzklassen A+ und darüber hat jedoch die Wirksamkeit des Energieetiketts hinsichtlich der Motivation der Verbraucher, energieeffiziente Produkte zu erwerben, verringert. Der Grund liegt darin, dass die meisten Produkte und Geräte einer der A-Klassen zugeordnet sind. Ein Unterschied zwischen A+ und A+++ wirkt weniger

motivierend, zum energieeffizienteren Produkt zu greifen, als ein Unterschied zwischen C und A. Das EU-Parlament stimmt nun dafür, die ursprüngliche "A-G"-Skala wieder einzuführen. Gleichzeitig soll ein Verfahren zur Neuskalierung der Etikette eingeführt werden: So kann auf weitere Entwicklungen in der Energieeffizienz der Produkte reagiert werden, ohne neue Klassen einführen zu müssen. Die neue Kennzeichnung soll es Verbrauchern daher leichter machen, sparsamere Elektrogeräte zur Senkung von Energieverbrauch und -kosten auszuwählen. Die Kunden werden die ersten Haushaltsgeräte mit Energielabels der neuen Bewertungsskala ohne das Pluszeichen („A+/A++/etc.“) voraussichtlich frühestens Ende 2019 in den Läden vorfinden.

[Mehr Informationen](#)

EU-Parlament möchte geschlechtsspezifisches Rentengefälle beenden

Die ungleiche Behandlung von Frauen und Männern bei Beschäftigung und Bezahlung muss wirksamer bekämpft werden. Das Parlament fordert Maßnahmen, um das geschlechtsbedingte Rentengefälle zu

In der EU beziehen Frauen im Schnitt eine um rund 40 % niedrigere Rente als Männer. Das geschlechtsspezifische Pensionsgefälle im Jahr 2014 betrug in der EU 39,4 % und ist in den letzten fünf Jahren in der Hälfte der Mitgliedstaaten angestiegen. Estland verfügt mit 3,7 % über das niedrigste geschlechtsspezifische Rentengefälle und Zypern mit 48,8 % über das höchste. Die Differenz zwischen den Renten von Frauen und Männern ist hauptsächlich das Ergebnis

von Unterschieden auf dem Arbeitsmarkt: Ein höherer Anteil von Frauen, die in Teilzeit arbeiten, niedrigere Stundenlöhne und eine geringere Anzahl von Beschäftigungsjahren aufgrund von Betreuungsaufgaben. Am 12. Juni 2017 debattierten die EU-Abgeordneten deshalb über einen Bericht, der die EU-Kommission dazu aufruft, eine Strategie zu erarbeiten, um diese Situation zu beenden.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Ausbildung von Lkw- und Busfahrern: Augenmerk soll stärker auf Sicherheit gelegt werden

Die EU möchte Berufskraftfahrer stärker für die sicherheits- und umweltbezogenen Aspekte ihrer Tätigkeit sensibilisieren.

Im Hinblick darauf hat der Rat am 8. Juni 2017 seinen Standpunkt (eine „allgemeine Ausrichtung“) zu der vorgeschlagenen Aktualisierung der Vorschriften für die Aus- und Weiterbildung von Lkw- und Busfahrern festgelegt. Die verbesserten Regeln rücken die Aspekte Sicherheit und Umwelt bei der Ausbildung stärker in den Vordergrund und erleichtern die Anerkennung der in einem anderen EU-Staat absolvierten Ausbildung.

„Die aktualisierten Ausbildungsvorschriften werden unsere Straßen sicherer machen“, erklärte der maltesische Ratsvorsitz. „Die bessere Anerkennung der Qualifikationen von Berufskraftfahrern dürfte die Mobilität der Arbeitskräfte erhöhen, und das wiederum fördert den Binnenmarkt, das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit.“

[Mehr Informationen](#)

Besserer Verbraucherschutz bei Verträgen über die Bereitstellung digitaler Inhalte

Der Rat hat am 8. Juni 2017 seinen Standpunkt zu der Richtlinie über neue Vorschriften für Verträge zwischen Unternehmen und Verbrauchern zur Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen festgelegt.

Ziel der neuen Vorschriften ist es, europäischen Verbraucherinnen und Verbrauchern einen hohen Grad an Schutz und Rechtssicherheit – insbesondere bei grenzüberschreitenden Käufen – zu bieten und Unternehmen, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), ihre Verkaufstätigkeit EU-weit zu erleichtern. „Egal ob Online-Musik und -Filme, Apps, Dienste wie Facebook oder YouTube – diese neuen Vorschriften führen bei grenzüberschreitenden Käufen und Verkäufen zu mehr Rechtssicherheit für Verbraucher und Anbieter. Es handelt sich um einen ehrgeizigen und zugleich sorgsam

austarierten Kompromiss, in dem es darum geht, europäischen Verbraucherinnen und Verbrauchern Rechte zuzusichern und gleichzeitig neue Geschäftsmöglichkeiten für EU-Unternehmen durch die Förderung von Innovation und Wettbewerb zu schaffen“, so der maltesische Ratsvorsitz. Die wichtigsten Elemente des vom Rat erzielten Kompromisses betreffen den Anwendungsbereich der Richtlinie, die Abhilfen bei nicht erfolgter Bereitstellung und Vertragswidrigkeit, die Fristen für die Haftung des Anbieters und die Frist für die Umkehr der Beweislast.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Europäisches Solidaritätskorps: Kommission will 340 Mio. Euro für 100.000 Einsätze bereitstellen

Die EU-Kommission will für das Europäische Solidaritätskorps bis 2020 über 340 Mio. Euro für 100.000 Einsätze bereitstellen.

Mit der von der Kommission vorgelegten Initiative soll das Europäische Solidaritätskorps eine entsprechende Rechtsgrundlage mit einem umfassenden Finanzierungsinstrument und klar definierten Zielen erhalten. Die Kommission schafft damit ein festes Fundament für das Europäische Solidaritätskorps und erweitert das Angebot für junge Menschen: Neben der Möglichkeit, eine Freiwilligentätigkeit, ein Praktikum oder einen Arbeitseinsatz zu absolvieren, wird den Teilnehmern jetzt auch die Gelegenheit

geboten, eigene Solidaritätsprojekte ins Leben zu rufen oder sich in Freiwilligenteams zu engagieren. In der ersten Phase seit Dezember 2016 wurden acht verschiedene Programme mobilisiert, um im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps Freiwilligentätigkeiten, Praktika oder Arbeitsstellen anzubieten. Mehr als 30 000 junge Menschen haben sich seitdem angemeldet; die ersten haben bereits ihre Einsätze begonnen.

[Mehr Informationen](#)

Entscheidung von 20 Mitgliedstaaten zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft

Die EU-Kommission hat am 8. Juni 2017 die Entscheidung von 20 Mitgliedstaaten zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft begrüßt.

Die neue Behörde wird für Vergehen, welche Auswirkungen auf das EU-Budget haben, zuständig sein. Dies trifft etwa bei Mehrwertsteuerbetrug zu, da die Mitgliedsländer einen Teil ihrer Einnahmen in diesem Bereich an die EU abführen. Der für Haushalt und Humanressourcen zuständige Kommissar Günther H. Oettinger sagte: „In keiner Weise tolerieren wir Betrug zulasten des EU-Haushalts. Jeder Cent muss unseren Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen. Mit einer starken, unabhängigen und effizienten Europäischen Staatsanwaltschaft

verstärken wir unsere Anstrengungen zum Schutz von Steuergeldern, indem wir einen europäischen Ansatz zur strafrechtlichen Ermittlung und Verfolgung von Straftaten zulasten des Unionshaushalts gewährleisten. Die Europäische Staatsanwaltschaft ist eine wesentliche Ergänzung der derzeit auf Unionsebene verfügbaren Mittel, d. h. der Arbeit des OLAF im Bereich der verwaltungsrechtlichen Untersuchungen.“

[Mehr Informationen](#)



Kommission eröffnet Debatte über Wege zur Sicherheits- und Verteidigungsunion

Die Europäische Kommission hat am 7. Juni 2017 eine öffentliche Debatte über die Zukunft der Verteidigungspolitik in einer EU mit 27 Mitgliedstaaten angestoßen.

In einem Reflexionspapier erläutert die Kommission verschiedene Szenarien für den Umgang der EU mit den wachsenden Bedrohungen in der Sicherheit und Verteidigung. Die Debatte soll dabei helfen, geeignete Instrumente für mehr Schutz und Sicherheit für Europas Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln, eine der Prioritäten der

Juncker-Kommission. Ergänzend zum Reflexionspapier hat die Kommission konkrete Vorschläge für die Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds vorgestellt, der mehr Effizienz bei den Ausgaben der Mitgliedstaaten für gemeinsame Verteidigungsfähigkeiten bringen soll.

[Mehr Information](#)



Sonstiges

European Young Leaders (EYL40) Programm - Aufruf zur Nominierung für die Klasse von 2018

Das EYL40-Programm sucht auch dieses Jahr wieder nach qualifizierten Kandidaten und Kandidatinnen, die interessiert sind, an der EYL40-Klasse von 2018 teilzunehmen.

Das European Young Leaders-Programm ist ein einzigartiges Multi-Stakeholder-Programm, das darauf abzielt, ein Gefühl der europäischen Identität zu fördern, indem es 40 der vielversprechendsten europäischen FührerInnen zusammenbringt und sie in Initiativen einbezieht, die die Zukunft Europas prägen werden. Die entspannte Atmosphäre und Out-of-the-box-Art des Programms regen zu lebendigen und offenen Diskussionen an und schaffen ein starkes Führungsnetzwerk engagierter EuropäerInnen. Gesucht werden europäische Bürgerinnen und Bürger zwischen 30 und 40, die eine Erfolgsbilanz als etablierte Meinungsführer in ihren Tätigkeitsbereichen nachweisen. Darunter

fallen etwa die Bereiche Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Kunst und Zivilgesellschaft, jedoch auch andere Felder. Das EYL40 Programm sucht außerdem KandidatInnen, die kreativ und engagiert sind, die Welt neu zu gestalten. Ein besonderes Interesse besteht an denjenigen, die nicht nur ein starkes Engagement mit Europa gezeigt haben, sondern auch auf dem Weg sind, die höchsten Ränge ihres Fachbereiches zu erreichen. Zu den KandidatInnen in der Vergangenheit gehörten zum Beispiel Regierungsminister, CEOs, Michelin-Chefkocher, internationale Filmregisseure und hochkarätige Journalisten.

[Mehr Information](#)

Soziales Europa: EU-Bürger wünschen mehr EU-Maßnahmen

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist einer der Politikbereiche, in dem sich die meisten EU-BürgerInnen mehr Maßnahmen der Europäischen Union wünschen.

Das ergibt eine spezielle Eurobarometer-Umfrage, die im Auftrag des Europäischen Parlaments im März 2017 durchgeführt worden ist. 78 % der UmfrageteilnehmerInnen in der EU28 sagen, dass die EU mehr gegen die Arbeitslosigkeit tun solle. Was das Gesundheits- und Sozialwesen betrifft, würden sich 70 % der UmfrageteilnehmerInnen mehr gemeinsame Maßnahmen auf EU-Ebene wünschen. Dieser Prozentsatz ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. 65 % der UmfrageteilnehmerInnen sagen, dass die EU für die Gleichbehandlung

von Männern und Frauen stärker tätig werden solle. Das sind um 10 %-Punkte mehr als im vergangenen Jahr. 84 % der UmfrageteilnehmerInnen sagen, dass die Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Gesellschaftsschichten in ihrem Land ein wichtiges Thema seien. 64 % sind der Ansicht, dass das Thema Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Gesellschaftsschichten in fünf Jahren sogar noch wichtiger als heute sein werde.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Public consultation on FinTech: a more competitive and innovative European financial sector](#)

Finanzdienstleistungen, Bank- und Finanzwesen
23 März 2017 - 15 Juni 2017

[Consultation on the list of proposed projects of common interest in energy infrastructure - Additional projects in oil and smart grids](#)

Energie
3 April 2017 - 26 Juni 2017

[Öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Leitlinien zur Bewertung beträchtlicher Marktmacht](#)

Zugang und Vernetzung
27 März 2017 - 26 Juni 2017

[Konsultation zur Liste der vorgeschlagenen Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Bereich der Energieinfrastruktur](#)

Energie
27 März 2017 - 26 Juni 2017

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Agenturen Eurofound, Cedefop, ETF und EU-OSHA](#)

Beschäftigung und Soziales
5 April 2017 - 5 Juli 2017

[Public consultation on the conflict of laws rules for third party effects of transactions in securities and claims](#)

Finanzinstrumente, Bank- und Finanzwesen
7 April 2017 - 30 Juni 2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Umwelt

Klima, Ressourceneffizienz, Rohmaterialien, Entkarbonisierung, Effiziente Wassernutzung, kulturelles Erbe, Kreislaufwirtschaft	GREENING THE ECONOMY*	07/03/2017 - 05/09/2017	€ 234.000.000
Bio-Produkt, Biomasse, Biokraftstoffe, Umweltauswirkung, Märkte, Nachhaltigkeit, ökologische Qualitätszeichen, Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft	BIO-BASED INNOVATION FOR SUSTAINABLE GOODS AND SERVICES - SUPPORTING THE DEVELOPMENT OF A EUROPEAN BIOECONOMY*	14/02/2017 - 13/09/2017	€ 26.470.000
Emission, Luftqualität, Diesel, Benzin	HORIZON PRIZE - ENGINE RETROFIT FOR CLEAN AIR*	12/09/2017	€ 1.500.000
Umweltverschmutzung, Gesundheit, Innovation, Nachträglichkeit	Materials for clean air	23/01/2018	€ 3.000.000
Saubere Motoren, Emission, Biokraftstoffe, Ingenieurwesen	HORIZON PRIZE - CLEANEST ENGINE OF THE FUTURE	20/08/2019	€ 3.500.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Katharina Deutschmann

Abbildungsverzeichnis

<https://www.facebook.com/europeaid/photos/a.288995237842720.68009.287842647957979/1340293652712868/?type=3&theater>